

Forschungsbericht

WOLFGANG ABENDROTH

AUFGABEN UND METHODEN EINER DEUTSCHEN HISTORISCHEN WAHLSOZIOLOGIE

Vorbemerkung des Herausgebers:

Der hier folgende Bericht entspricht einem Vortrag, der vor der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ gehalten worden ist. Wir bringen ihn sehr gern an dieser Stelle, zumal die gemachten Vorschläge mit einem Forschungsbericht sich verbinden auf einem Gebiet, das für zeitgeschichtliche Fragestellungen sehr wichtig ist. Das Forschungsprogramm, das an sich eher unter „Notizen“ zu verzeichnen wäre und im letzten, hier ausgelassenen Absatz vom Verfasser entwickelt wird, richtet sich hauptsächlich an die oben genannte Kommission und den Forschungsausschuß der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“.

H. R.

Die bisherige deutsche parteigeschichtliche und parteistrukturale Forschung hat die Problematik des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Sozialgruppen und den politischen Parteien weitgehend vernachlässigen müssen, weil ausreichende Einzeluntersuchungen nicht zur Verfügung standen. Zwar hat Max Weber die soziologische Bedeutung des Parteienproblems erkannt und durch seine theoretischen Betrachtungen in vielfältiger Weise die Grundlage für die heute noch aktuellen Fragestellungen geboten; zwar hat Heinz Marr Max Webers Überlegungen systematisieren, berichtigen und erweitern können und haben W. Sulzbach und H. Sultan neue Aspekte hinzugefügt. Auch Sigmund Neumanns stark durch Hans Freyer beeinflusstes Buch ist sich bewußt geblieben, daß das Parteienproblem nur im sozialgeschichtlichen Zusammenhang der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden darf. Gewiß hat auch die vielfältige juristische Diskussion des Parteiwesens, die nach 1945 eingesetzt hat, vor allem durch die klare Problemstellung bei G. Leibholz, manchen Ertrag erbracht und realsoziologische Erwägungen nicht vergessen. Endlich dürfen die großen Verdienste nicht übersehen werden, die Robert Michels' Analyse der Entwicklungstendenzen innerhalb der modernen demokratischen Massenpartei als Mitgliederorganisation, die von ihm vorwiegend als Klassenpartei des industriellen Proletariats untersucht und begriffen wurde, zu verdanken sind. Die großen Schwächen und häufigen Fehler in bezug auf Tatsachenbehauptungen, die von der Heydte-Sacherls Buch über die Parteiensoziologie gekennzeichnet haben, zeigen aber auf der anderen Seite, wie weit die deutsche parteistrukturale und partei-soziologische Erkenntnis noch hinter dem hohen Stand der französischen Wissenschaft zurückbleibt, der durch die Auseinandersetzung zwischen Duverger und Lavau deutlich belegt ist. Sigmund Neumanns ausgezeichnetes Vorwort zu dem verdienstlichen Buch des Berliner Instituts für politische Wissenschaft über

die Parteien in der Bundesrepublik¹ kann über diese Situation kaum hinwegtäuschen.

Sie geht wissenschaftsgeschichtlich keineswegs allein darauf zurück, daß die deutsche wissenschaftliche Arbeit über das Parteiwesen – die nur als eigentliche Parteigeschichte, durch Ludwig Bergstraesser in subtiler Arbeit entwickelt, internationalen Rang besitzt – durch zwölf Jahre totalitärer Herrschaft und Ausschaltung aller konkurrierenden politischen Parteien zugunsten einer Monopolpartei unterbrochen worden ist. Selbst über diese Monopolpartei und ihre vielfältigen Hilfsorganisationen liegen ertragreichere Arbeiten der ausländischen Wissenschaft vor, als sie bisher in deutschen wissenschaftlichen Publikationen erschienen sind, wenn man von wenigen Einzeluntersuchungen absieht. Diese Situation hat vielmehr zum großen Teil ihre Grundlage darin, daß allzuhäufig nicht genügend berücksichtigt worden ist, daß das moderne Parteiwesen – in vollem Maße seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts – im Wahlakt kulminiert und seine Fähigkeit erweist, zur Integration der politischen Willensbildung des Volkes beizutragen. Im Wahlakt erweisen sich die vielfältigen Reaktionen der ökonomisch bedingten wie der weltanschaulich oder religiös bedingten sozialen Gruppen auf das Parteiwesen, wie umgekehrt die unvermeidliche Bezugnahme der politischen Partei auf den Wahlakt sie nötigt, sich auf diese Gruppenbildungen zu orientieren. Die kontinuierliche Untersuchung der Wahlen, der Wählerreaktionen und der Versuche der politischen Parteien, auf die Wählerschaft Einfluß zu gewinnen, vermag deshalb nicht nur einen Einblick in die Verzahnung des Parteiwesens mit der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Interessengruppen zu gewähren, sondern ebenso die Verschiebung in den innerparteilichen Strukturverhältnissen tiefer verstehen zu lassen, als es durch isolierte Analyse der einzelnen Parteien und ihrer Geschichte möglich ist. Diese Überlegung soll selbstverständlich den Wert der bisherigen parteigeschichtlichen Forschung keineswegs in Frage stellen, sie bedarf jedoch der Modifikation und der Ergänzung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen.

Der volle Aussagewert derartiger Wahlanalysen kann sich jedoch nur entfalten, wenn sie in geschichtlichem Zusammenhang gesehen werden. Die Entwicklung des Wählerwillens, der Meinungsbildung von sozialen Gruppen – welcher Art auch immer –, der Strukturen und der Ideologie der politischen Parteien, die erst die Integration des Wählerwillens möglich machen, ist nur in ihrer Prozeßhaftigkeit wirklich zu verstehen. So verdienstlich deshalb die Untersuchung von einzelnen Wahlen ist, so bleibt sie doch Stückwerk, solange sie nicht in ihrer geschichtlichen Kontinuität erfaßt wird.² Der Vorsprung der französischen politischen Wissenschaft vor der deutschen in allen Problemen der Wissenschaft von der politischen

¹ Parteien in der Bundesrepublik, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 6, Stuttgart 1955.

² Vgl. dazu Fr. Goguel - G. Dupeux, *Sociologie électorale, Esquisse d'un bilan. Guide de Recherches*, Paris 1951, und Fr. Goguel, *Géographie des élections françaises de 1870 à 1951*, Paris 1951.

Partei erklärt sich zum größten Teile daraus, daß sie seit André Siegfrieds ersten wahlgeographischen Arbeiten systematisch an dieser geschichtlichen Erfassung der Wahlkreisreaktionen gearbeitet hat.³

In den deutschen Publikationen tritt dies Problem der Wahlanalysen erst nach 1945 in den Vordergrund. So haben die Arbeiten von W. Dittmann⁴, H. Striefeler⁵ und M. Hagmann⁶ unternommen, an Hand umfangreicher tabellarischer und graphischer Materialien Interpretationen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik zu geben und dabei die geographische Verteilung, konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung, die Verschiedenheit der Reaktion der männlichen und weiblichen Wähler, der Städte und des flachen Landes in ihre Überlegungen einzubeziehen.⁷ Günther Franz hat die politischen Wahlen in Niedersachsen⁸ zum Gegenstand einer Darstellung gewählt, die den gesamten Zeitraum der Geltung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in seinem Untersuchungsgebiet zu erfassen trachtet und dadurch ein wertvolles Vorbild geliefert hat. Auf die Dissertation von Bernhard Ehrenfeuchter, die sich des gleichen Gebietes unter Beschränkung auf die Reichstagswahlen annimmt, sei ausdrücklich hingewiesen.⁹

Diese Arbeiten leiden aber ausnahmslos daran, daß ihr Untersuchungsgebiet nicht beschränkt genug gewählt ist. Auch soweit sie versuchen, Interpretationen über den sozialen und auch den ökonomischen Zusammenhang der Wahlergebnisse zu geben und die konfessionelle Zusammensetzung der Wählerschaft in ihre Betrachtung einzubeziehen, bleiben ihre Aussagen zu ungenau und generell, weil sich die genauere Aufschlüsselung der einzelnen sozialökonomischen Schichten und auch der weltanschaulich-religiösen Bindung nur in Kleinststrukturen glaubhaft und relativ zutreffend bestimmen läßt.¹⁰ Sie erschließt sich erst dann, wenn man die lokalen Wahlergebnisse des flachen Landes, die Gemeindewahlen und in den Städten die Stimmverteilung in den einzelnen Stimmbezirken einbezieht, für die mit geeigneten Methoden die soziale und konfessionelle Gliederung der Wählerschaft im geschichtlichen Ablauf relativ richtig beurteilt werden kann. Erst bei einer derart individualisierten Überprüfung läßt sich der Einfluß lokaler und ideologischer Traditionen, die in der Wahlentscheidung mitwirken, in deren Verhältnis zu den einzelnen sozialen und weltanschaulichen Gruppen annäherungsweise

³ Aus seinen seit 1915 publizierten Arbeiten seien vor allem hervorgehoben: *Tableau des partis politiques en France*, Paris 1931, und *Géographie électorale de l'Ardèche sous la Troisième République*, Paris 1949. — Über den Umfang, die Art und Problemstellung der zahlreichen Einzeluntersuchungen geben die in Anmerkung 2 erwähnten Publikationen Auskunft.

⁴ *Das politische Deutschland vor Hitler*. Zürich 1945.

⁵ *Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen*. Düsseldorf 1946.

⁶ *Der Weg ins Verhängnis*. München 1946.

⁷ Vgl. dazu die sehr instruktive Untersuchung von Rudolf Heberle, *From Democracy to Nazism, A regional case study on political parties in Germany*, Babon Rouge 1945.

⁸ *Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867–1949*. Bremen 1951.

⁹ *Die Reichstagswahlen in Niedersachsen 1871–1912*, phil. Diss. Göttingen 1952.

¹⁰ Vgl. dazu Hans Gerd Schumann in: *Neue Gesellschaft* 1955, S. 75.

ermitteln. Nur bei Verwertung des lokalen Partei- und Pressure-Group-Verhaltens läßt sich auch umgekehrt die aktive Rolle der politischen Parteien und der Veränderung ihrer Ideologien und Strukturen in der Entwicklung des Wahlergebnisses, aber auch der Einflußbereich demokratischer Willensbildung in der Mitgliederschaft gegenüber Führungsentscheidungen in den Parteien erkennen, kann also der Korrekturwert dieser Analysen gegenüber den bisherigen Ergebnissen parteigeschichtlicher und parteistrukturreller Forschung hervortreten. Deshalb beruht der große Wert der wahlgeographischen bzw. wahlsoziologischen Studien in Frankreich darauf, daß sie eine außerordentlich große Anzahl von Departements-Monographien hervorgebracht hat. Erst auf Grund dieser Vielfalt streng lokal begrenzter regionaler Untersuchungen konnten – wie Werner Conze zutreffend darlegte¹¹ – André Siegfrieds ursprünglich zu primitiv generalisierende Thesen überwunden werden.

Daher ist es nicht zu verwundern, daß eine Reihe von Arbeiten, die Kleinststrukturen des Wähler- und Parteiverhaltens unter anderen Gesichtspunkten überprüft haben, zur Zeit wesentlich höheren Aussagewert besitzen als die vorgenannten deutschen wahlgeographischen Analysen. Aus der Zahl dieser Publikationen sei hier ausdrücklich auf Gerhard Wurzbachers und Renate Pflaums Buch über das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung¹², auf Renate Mayntz-Pflaums Bericht über die lokalen Parteigruppen in der kleinen Gemeinde¹³, auf Heinz Meyers Aufsatz über einen ländlichen Unterbezirk der SPD¹⁴ und endlich auf Gabriele Bremmes Buch über die politische Rolle der Frau in Deutschland¹⁵ sowie auf Erich Reigrotzkis Bericht über „Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik“¹⁶ hingewiesen. Die vorgenannten Arbeiten sind auch deshalb angeführt worden, weil sie ausnahmslos wahlgeographischen und regional beschränkten Untersuchungen methodische Anregungen geben können.

In diesem Zusammenhang darf die sorgfältige und aufschlußreiche Veröffentlichung des Berliner Instituts für politische Wissenschaften über die Berliner Wahl vom 3. Dezember 1950 nicht vergessen werden, die durchaus an Hand systematischer Heranziehung der Kleinststrukturen die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft durchdringt und ihr Verhalten wie das Verhalten der politischen Parteien aufklärt.¹⁷ Die Bundestagswahlen 1953¹⁸ haben eine – durch den großen Umfang

¹¹ Wahlsoziologie und Parteigeschichte, in Bergstraesser-Festschrift, Düsseldorf 1954, S. 249.

¹² Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung, Stuttgart 1954.

¹³ Zeitschrift für Politik 1955, S. 59 ff.

¹⁴ Zeitschrift für Politik 1955, S. 348 ff.

¹⁵ Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Schriftenreihe des UNESCO-Instituts Köln, Bd. 4, Göttingen 1956.

¹⁶ Schriftenreihe des UNESCO-Instituts Köln, Bd. 2, Tübingen 1956.

¹⁷ St. Münke und R. L. Gurland, Wahlkampf und Machtverschiebung, Schriften des Instituts für politische Wissenschaften, Bd. 1, Berlin 1952.

¹⁸ Vgl. dazu auch James K. Pollock, German Democracy at Work, A selective study, Ann Arbor 1955.

des zu überprüfenden Gebiets methodisch selbstverständlich stark modifizierte und dadurch im Aussagewert beschränktere, aber gleichfalls außerordentlich wertvolle – ähnliche Darstellung durch das gleiche Institut gefunden.¹⁹ In beiden Fällen konnte der geschichtliche Zusammenhang und die Kontinuität der Partei- und Wahlentwicklung natürlich nur in relativ beschränktem Maße Berücksichtigung finden, ist aber keineswegs völlig vernachlässigt worden. Derart umfangreiche und ertragreiche Spezialanalysen einzelner Wahlen werden sich allerdings nur dann durchführen lassen, wenn sie in ähnlich erheblichem Maße finanziell subventioniert werden. Gleichwohl lassen sich aus beiden Arbeiten methodische Gesichtspunkte gewinnen, die auch bei historisch gerichteten wahlanalytischen Versuchen auf regional strenger begrenztem Raume berücksichtigt werden müssen.

Das Marburger Institut für wissenschaftliche Politik hat auf Grund dieser Überlegungen seit einiger Zeit wahlgeographische Arbeiten in Angriff genommen, die mangels finanzieller Unterstützung in ihrer Auswahl durch den mehr oder minder zufälligen Gesichtspunkt des Wohnortes von Doktoranden bestimmt werden mußten. Es handelt sich dabei um die Dissertation von Wolfgang Haseloff über den Kreis Waldeck²⁰ und die Dissertation von Hans Graf über die Stadt Dortmund²¹ sowie um eine noch nicht abgeschlossene, durch den Forschungsausschuß für die Wissenschaft von der Politik geförderte Arbeit von Ermenhild Neusüß-Hunkel über Marburg selbst. Ferner hat es einige Staatsexamensarbeiten ähnlichen Charakters vergeben, deren Ertrag naturgemäß nicht von gleichem Range werden konnte, die jedoch gleichwohl zu begrenzten Erfahrungen in methodischen Problemen verholfen haben. Die Ergebnisse dieser Arbeiten rechtfertigen nach Meinung des Instituts die Hoffnung, daß sich durch an allen deutschen Universitäten in systematischer Zusammenarbeit vielfältig vergebene Dissertationen dieser Art, deren Methodik sich in späteren Arbeiten verfeinern könnte, ein wahlgeographisches Bild der Bundesrepublik entwickeln ließe. Es würde in manchen Fragen zur Modifikation unserer gegenwärtigen parteigeschichtlichen Vorstellungen, vor allem aber zu grundlegender Veränderung des gegenwärtigen Standes der Parteisoziologie, der Parteistrukturlehre und der Anschauungen über das Verhältnis zwischen den politischen Parteien und den sozialen Gruppen führen.

In diesen Untersuchungen, die durch das Institut vergeben wurden, stand jeweils die Periode ab 1945 im Mittelpunkt des Interesses. Doch hat sich rasch erwiesen, daß eine zutreffende Einschätzung der Wahlentwicklungen seit 1945 trotz des erheblichen Bevölkerungsschubs, der infolge des Krieges eingetreten ist, ohne eingehende Untersuchung der Wahlen in den gleichen Bezirken, die nach Einführung des gleichen Wahlrechts durchgeführt wurden, nicht möglich war. Selbstverständlich konnten derartige Dissertationen nur Studierenden anvertraut werden, die sowohl über eine gründliche historische als auch über eine angemessene sozio-

¹⁹ W. Hirsch-Weber und K. Schütz, Wähler und Gewählte, Schriften des Instituts für politische Wissenschaften, Bd. 7, Berlin 1957.

²⁰ Phil. Diss., Marburg 1955.

²¹ Phil. Diss., Marburg 1956.

logische Vorbildung verfügten. Die Methoden mußten weitgehend den Objekten, die jeweils zu analysieren waren, angepaßt werden und erfuhren vielfache Modifikationen, je nachdem, ob ein hochindustrieller großstädtischer, ein wesentlich agrarisch bestimmter, nur von industriellen Einsprengungen durchsetzter ländlicher oder ein kleinstädtischer, relativ gering industrialisierter Raum überprüft wurde. In allen Fällen mußten aber folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

1. Das Untersuchungsgebiet mußte relativ klein bleiben und möglichst dem Umfang eines früheren Reichstags- bzw. heutigen Bundestagswahlbezirks entsprechen.
2. Wirklichen Aussagewert konnten wahlstatistische Feststellungen nur dann gewinnen, wenn die untersten technisch erfaßbaren Einheiten, ländliche Gemeinden oder städtische Stimmbezirke, einbezogen und überprüft werden konnten.
3. Trotz der technischen Diskontinuitäten, die sich im Wahlvergleich dabei jeweils ergeben mußten, konnte und mußte die relative Kontinuität der Wahlen seit 1867 hergestellt werden.
4. Neben den Reichstags- bzw. Bundestagswahlen waren Landtags- und Kommunalwahlen jeder Art, in der Zeit der Weimarer Republik auch die Präsidentenwahlen und Volksabstimmungen, zu berücksichtigen. Soweit erfaßbar, waren ebenfalls Betriebsrätewahlen, in der Periode des Dritten Reiches die Betriebsvertrauensmänner-Wahlen und Wahlen zu Berufsvertretungen jeder Art heranzuziehen.
5. Der Wahlanalyse war jeweils eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung des betroffenen Gebietes voranzuschicken, die – wenn möglich – auch die Korrelation der Stimmbezirke mit der sozialen Struktur ihrer Bewohner festzustellen hatte. Durch Kenntnisse über die Lokalisierung der Wählerschaft verschiedenen sozialen oder konfessionellen Charakters in derartigen Kleinstbezirken ließen sich gewichtige Aussagen über die Kontinuität oder Diskontinuität der politischen Willensbildung dieser Sozialschichten, aber auch über den Einfluß der religiösen Bindung auf ihre Reaktion ermöglichen.
6. Zur Erklärung der Diskontinuitäten im Wahlverhalten bestimmter Sozial- bzw. Konfessionsgruppen war es notwendig, die Umstrukturierungen sozialökonomischer Art – sei es durch Industrialisierungsvorgänge, sei es durch andere Beschäftigungsverschiebungen, sei es durch Wirtschaftskrisen – festzustellen.
7. In ähnlicher Weise mußte versucht werden, jeweils größere Bevölkerungsver-schiebungen in Perioden zwischen einzelnen Wahlen zu überprüfen. Sie konnten sowohl durch Veränderung der religiösen Zusammensetzung als auch durch Veränderung der sozialökonomischen Bestimmtheit der Bevölkerung wichtig werden. Hinsichtlich des religiösen Charakters der Bevölkerung war auch – wenn irgend möglich – die jeweilige Verschiebung in der Intensität der kirchlichen Bindung zu prüfen.
8. Die lokalen Parteistrukturen waren jeweils in ihrer geschichtlichen Veränderung – soweit wie irgend möglich – festzustellen. In manchen Fällen ließ sich

einwandfrei belegen, inwieweit die politische Willensbildung innerhalb der demokratisch organisierten sogenannten Mitgliedsparteien in bezug auf die Nominierung der Kandidaten und auf die Festlegung des politischen Kurses von zentralen, inwieweit sie von eigenständigen lokalen Einflüssen bestimmt war. Einen wesentlichen Anhaltspunkt konnte hier die Überprüfung vor allem der lokalen Parteipresse der Periode vor 1933 bieten.

9. Ebenso erwies sich die Untersuchung des jeweiligen Einflusses von sozialökonomischen Massenorganisationen und Verbänden – der Gewerkschaften, agrarischer, mittelständlicher, sonstiger berufsständischer Organisationen – als ertragreich. In manchen Fällen war es ferner möglich, konfessionelle Verbände und die Freizeit gestaltenden Organisationen, vor allem Sportorganisationen, in die Überlegungen einzubeziehen.
10. Wenn irgend möglich, war die jeweilige politische Option der lokalen sozialen Führungsschichten – honoratiorenähnlicher Gruppen und ökonomisch beherrschender Gruppen – festzustellen und in die Untersuchung zu verweben. In allen Fällen war auf die Option der jeweiligen nicht parteigebundenen Lokalpresse zu achten.

Es bedarf keines Hinweises, daß derartige wahlgeschichtlich-wahlgeographische Arbeiten nur dann von Wert sind, wenn sie bewußt in den Gesamtzusammenhang der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung der deutschen Innenpolitik gestellt werden.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Abendroth, Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Marburg, Georg-Voigt-Straße 7 a

Dr. Arnold Bergstraesser, Professor für Wissenschaftliche Politik und Soziologie an der Universität Freiburg, Freiburg i. Br., Eichhalde 74

Dr. Martin Broszat, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Wilhelm Deist, zur Zeit Edinburgh, 16 Blantyre Terrace

Dr. Dietrich Geyer, Assistent am Institut für osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen, Tübinger Schloß

Dr. Paul Kluge, Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte, Privatdozent an der Universität München, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Günter Moltmann, Studienassessor an der Heinrich-Hertz-Schule in Hamburg, Hamburg 13, Mittelweg 126